



Steteljähriger Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühren für den Raum einer sechszeiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Dorenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten die Befugnisse auf die Zeitung, welche Sonntag einm., Montag zweim., an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 146. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 27. März 1880.

## Deutschland.

**Berlin, 25. März.** [Amtliche.] Se. Majestät der König hat den Bürgermeister und Syndikus Min. v. Gölitz zum Amtsrichter mit dem Charakter als Amtsgerichts-Rath, die Gerichts-Officieren Quast in Jüterburg und Viol in Raitzow zu Amtsrichtern und den außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Breslau Dr. von Casault zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Kiel ernannt, sowie dem Regierungs-Hauptassessor-Ober-Buchhalter Braun zu Stettin den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen und den Stadt-Syndicus Bende in Thorn, der von der dortigen Stadtvorordnetenversammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Thorn für die gezielte sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Der praktische Arzt Dr. med. Herya in Guben ist unter Anweisung des Wohnsitzes in Lüben zum Kreis-Physikus des Kreises Lüben ernannt worden.

**Berlin, 25. März.** [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz.] folgte gestern Nachmittag 5 Uhr der Einladung Ihrer Majestäten zum Diner und empfing Abends 7 1/2 Uhr den Staatsminister Dr. Lucius, den Kammerherren v. Behr und den Regierungs-Baumeister v. Heyden. (N.-A.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Grudzielski, Port.-Führer vom 2. Schl. Jäger-Bataillon Nr. 6 in das 1. Niederschl. Infanterie-Regt. Nr. 46 berufen. von der Wälbe, Oberlieut. und Commandeur des Hess. Jäger-Bataillons Nr. 11, unter Stellung à la suite dieses Bataillons zu dem Herzogl. Braunschweig. Contingent, befehlt Uebernahme des Commandos des Herzogl. Braunschweig. Inf.-Regts. Nr. 92 commandirt. Arndt, Major vom 4. Westfäl. Inf.-Reg. Nr. 17, zum Commandeur des Hess. Jäger-Bats. Nr. 11 ernannt. Caspar, Major vom 4. Großherzogl. Hess. Inf.-Regiment (Brig. Karl) Nr. 118, als Bat.-Commandeur in das 4. Westfäl. Inf.-Reg. Nr. 17 versetzt. Knipfer, Major vom 4. Großherzogl. Hess. Infanterie-Reg. (Brig. Karl) Nr. 118, zum etatsmäßigen Stabsoffizier ernannt. Ziron, Major a. D., zuletzt Hauptmann und Compagnie-Chef im damaligen Schieß-Regt.-Artill.-Reg. Nr. 6, mit der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des gedachten Regiments, zur Disposition gestellt. Tschipek, Pro-Diamantmeister in Glatz, als Vorstand der Armeé-Conservenfabrik nach Mainz versetzt.

**Berlin, 25. März.** [Conversion der Staatspapiere.] — Anklage und Untersuchung gegen Wehrpflichtige. — Dr. Hahn. — Einnahmen der deutschen Eisenbahnen im Februar.]

Officiell wird geschrieben: Ein hiesiges Börsenblatt beklagt die neuerdings fortschreitende Conversion der Staatspapiere mit einem Zinsfuß über 4 pCt. in Folge mit 4 pCt. Das Blatt spricht von einem Conversionstaumel, welcher die Staaten, Gemeinden und Corporationen erfasst habe. Die Frage, ob ein ermäßigter Zinsfuß im Interesse des ganzen Volkes, nicht etwa einzelner Kreise von Geschäftsmännern zu befragen sei, lässt sich in Kurzem nicht erörtern; die Erfahrung lehrt aber, daß bei reichen Völkern der niedrige Zinsfuß vorherrscht, wie bei capitalarmen der hohe. Vorübergehende Einflüsse mögen bewirken, daß ein niedriger Zinsfuß eintritt, auch ohne daß der Capitalreichtum in raschem Zunehmen ist, im Ganzen aber sind sicherlich diejenigen Nationen in einer besseren Lage, wo sich die Capitalisten mit einem mäßigen Zinsfuß begnügen, weil sie viel Capitalien auszuheben haben und wo andererseits die Geschäfte und der Unternehmungsgestirb blühen, weil das erforderliche Capital gegen mäßigen Zins zu beschaffen ist. Jedenfalls räumt das betreffende Blatt dem Staat auch das Recht ein, die vortheilhafte Gelegenheit zu ergreifen, um die Zinsen seiner Schuld zu erniedrigen. Wenn dies Recht dem Staate eingeräumt wird, dann ist wohl nicht zu verkennen, daß die Staatsregierung keine vortheilhaftere Gelegenheit zur Conversion ergreifen konnte, als den gegenwärtigen Augenblick. Er erspart durch die jetzt vollzogene Conversion 5procentig in 4procentige Papiere eine jährliche Ausgabe von über 600,000 M. Dabei war die Lage des Geldmarktes so, daß die Operation der Conversion ohne jede Gefahr unternommen werden konnte und endlich standen die preussischen Consols so hoch, daß ein Fallen ihres Courses, was sonst wohl die Folge einer Conversionmaßregel zu sein pflegt, auf einen niedrigen Stand gar nicht zu befürchten war. Bei dieser Gelegenheit mag bemerkt werden, daß der Finanzminister es für richtig erachtet hat, den Kreis des Consortiums, mit welchem die preussische Finanzverwaltung ihre Transactionen durchzuführen pflegt, wesentlich zu erweitern. Es ist dies insbesondere nach Süddeutschland hin geschehen, indem Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen bleibend zur Theilnahme an diesen Geschäften herangezogen worden sind. Es dürfte dies zu einer Erweiterung des Marktes für die preussischen Consols führen und andererseits den Vortheil haben, daß durch das gemeinsame Interesse an den Operationen der Finanzverwaltung die Beziehungen des Capitals und Geldgeschäftes zwischen den deutschen Ländern enger als die bisherigen werden. — Im Anschluß an die kürzlich von uns mitgetheilte Verfügung des Kriegsministers, welcher die §§ 470—476 der Strafproceßordnung vom 1. Februar 1877 in Betreff der Erhebung der Anklage und die Eröffnung der Untersuchung gegen Wehrpflichtige behandelt, können wir melden, daß die gemäß § 472 erforderliche und genau nach Inhalt dieses Paragraphs zu fassende Erklärung fortan von dem Civil-Vorsitzenden der Ersatz-Commission auszustellen ist. — Die Verleihung des Comthurkreuzes des Hohenzollernschen Ordens an den Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Hahn ist zunächst durch die Schrift desselben: „Das deutsche Theater und seine Zukunft“ veranlaßt. Zugleich wollte der Kaiser, wie es in dem betreffenden Cabinetschreiben heißt, dem Dr. Hahn einen neuen Beweis der Anerkennung für seine seit langen Jahren im patriotischen Sinne unverändert und erfolgreich entfaltete literarische Thätigkeit geben. Auch hat der Kaiser dem Dr. Hahn ausdrücken lassen, daß er an der schweren Erkrankung desselben aufrichtig Theil genommen und aus vollem Herzen die baldige Wiederherstellung wünsche. — Nach der vom Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Uebersicht über die Einnahmen sämtlicher deutschen Bahnen (mit Ausnahme Baierns) im Februar d. J. war von 89 Bahnen Deutschlands, welche schon im entsprechenden Monat des Vorjahrs im Betrieb waren, die Einnahmen aus allen Verkehrsweisen bei 79 Bahnen höher und bei 10 Bahnen niedriger, als in demselben Monat des Vorjahrs. Die Einnahme aus allen Verkehrsweisen vom Januar bis Ende Februar d. J. war bei 80 Bahnen höher und bei 9 Bahnen niedriger als in demselben Zeitraum des Vorjahrs.

**Berlin, 26. März.** [Zum Ausgleich mit der Curie.] — Der Toast des Czaren. — Das Tabaksmonopol. — Nordostseeanal-Projekt.] Wie bereits anderweitig erwähnt, hat der Papst den Brief an den Erzbischof Melchers durch den Nuntius

Jacobini dem deutschen Botschafter in Wien abschriftlich mittheilen lassen, damit derselbe ihn dem Reichskanzler übermittle. Es muß dies als ein Zeichen angesehen werden, daß der Papst wünscht, daß die Verhandlungen wieder in Fluß geräth. Es sollen deshalb auch bereits von hier aus dem deutschen Botschafter weitere Instruktionen entweder schon übermittelt worden sein oder doch in den nächsten Tagen übermittelt werden, um die Verhandlungen baldigst wieder in Gang zu bringen. Die Regierung dürfte indes zunächst aus ihrer abwartenden Stellung nicht heraustreten, sondern erst sehen wollen, welchen Anklang die neue Haltung des Papstes beim deutschen Clerus findet, und wie dieselbe sich in der Praxis machen wird. Erst dann, wenn der Clerus sich in dies zugeständene Bestätigungsrecht des Staates findet und bereit ist, es loyal auszuführen, und wenn sich die Personenfragen in Bezug auf den Episkopat in günstiger Weise gelöst haben werden, wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo eine theilweise Revision der Maßregeln möglich sein wird. Jedenfalls aber ist der Brief des Papstes als ein sehr ernstes und wichtiges Symptom zu bezeichnen, daß die Curie wirklich beabsichtigt, ein friedliches Verhältnis mit der Regierung anzubahnen, und daß sie den bisher behaupteten Standpunkt vollständig aufgegeben hat. — Die Aeußerung des Kaisers von Rußland bei der Geburtstagsfeier des Deutschen Kaisers hat hier in den maßgebenden Kreisen sehr angenehm berührt und wird als ein Zeichen angesehen, daß man jetzt ernstlich in Petersburg von der bisher geübten Politik zurücktreten will. Wenn man nun auch nie daran gezweifelt hat, daß Kaiser Alexander freundliche Gesinnungen gegen Deutschland hegt, so liegen doch klare Thatsachen darüber vor, daß der russische Staatskanzler eine andere Politik befolgt hat. Man nimmt allerdings an, daß der Schritt, welchen derselbe im Herbst vorigen Jahres in Frankreich hat thun lassen, ohne Wissen des Kaisers Alexander und ohne seine Zustimmung geschehen ist, und daß es dem Fürsten Gortschakoff darum zu thun war, gewissermaßen ein fait accompli zu schaffen, um den Kaiser nachträglich für seine Politik zu gewinnen, wie ja auch im Orient-Krieg der Kaiser gegen seinen Willen in die Verwicklungen hineingezogen worden ist. Thatsache ist es wenigstens, daß Gortschakoff, nachdem er in Berlin mit seinen Versuchen gegen Oesterreich abgewiesen war, in Paris dem Minister Waddington ein Bündnis gegen Deutschland angeboten hat (allerdings, wie wir neulich schon gesagt, nicht in officiellen Actenstücken, sondern durch gelegentliche Aushorchungen der französischen Regierung durch den russischen Botschafter in Paris) und zwar mit festen Zusicherungen in Bezug auf Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen u. s. w., und daß auch in Italien Sondirungsversuche gemacht worden sind, wie dasselbe sich im Fall eines Krieges verhalten würde. Dagegen ist es allerdings auch Thatsache, daß diese Versuche ohne jeden Erfolg gewesen sind und nur dazu beigetragen haben, Rußland vollständig zu isoliren. Diese Isolirung ist nun aber durch die neuesten Vorgänge mit Frankreich noch schroffer hervorgetreten, so daß Rußland jetzt keine Macht hat, an welche es sich anlehnen kann, und mit der es irgendwie intim steht. Unter diesen Umständen gewinnt allerdings die demonstrative Freundschaft des Kaisers von Rußland gegen Deutschland eine hohe politische Bedeutung; sie beweist, daß der Kaiser die Politik seiner panlawistischen Rathgeber desavouirt und den großen Fehler, den sie gemacht haben, einsieht und bemüht ist, das alte Verhältnis wieder herzustellen. Auch behauptet man hier, daß dem Prinz Alexander von Hessen eine politische Mission in diesem Sinne vom Kaiser von Rußland aufgetragen sei. Ob aber dadurch eine wesentliche Aenderung in der gegenwärtigen Constellation der politischen Verhältnisse erreicht wird, möchten wir doch sehr bezweifeln, wenn man hier auch die geäußerte freundliche Gesinnung des Kaisers von Rußland gegen Deutschland gern acceptirt; bis zu einer Wiederherstellung der freundlichen Verhältnisse sind doch noch weite Wege. Jedenfalls aber wird der Fürst Bismarck sich nicht aus der günstigen Situation, in welcher er jetzt steht, und aus seinem innigen Verhältnis zu Oesterreich herauslocken lassen, vielmehr soll derselbe bestrebt sein, dieses Bündnis so fest wie nur irgend möglich zu gestalten und demselben womöglich einen festen, verfassungsmäßigen und beständigen Hintergrund zu geben, so daß das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich nicht als ein nur für gewisse Zwecke und auf kurze, absehbare Zeit geschlossenes erscheint, sondern als eine feste Constitution beider Reiche, welche für ewige Zeit Geltung behalten soll. — Das Tabaksmonopol — um nun auf innere Verhältnisse überzugehen — ist in der letzten Zeit vielfach erörtert worden und es kann auch nicht abgeleugnet werden, daß Bismarck an demselben nach wie vor als an seinem Steuerideal festhält; dennoch können wir auf das Positivste versichern, daß durchaus nicht die Absicht besteht, es noch in dieser Session dem Reichstag vorzulegen. Dagegen haben allerdings fortwährend Erörterungen über dasselbe stattgefunden, das einschlägliche, namentlich statistische Material ist von den zuständigen Ressorts zusammengestellt worden und kann jederzeit für event. Vorarbeiten benützt werden. Diese Arbeiten gehen auch noch immer fort, weil der Reichskanzler das größte Interesse daran hat, vollständige Klarheit über die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Einführung des Monopols zu gewinnen. Nur wenn die Brausesteuer und die Stempelsteuer pure abgelehnt werden sollten, würde die Frage schon jetzt wieder aufgenommen werden, anderenfalls aber ist anzunehmen, daß man erst die Wirkungen der bisherigen Zoll- und Steuer-Reform abwarten wird, um zu sehen, welche Erträge dieselben abwerfen und bis wie weit sie für die Befreiung der directen Steuern zur verwenden sind. Dagegen steht es allerdings fest, daß wenn die Brausesteuer und Stempelsteuer vollständig verworfen werden sollten, die Reform, d. h. die theilweise Befreiung der directen Steuern nicht zu Durchführung kommen kann. In diesem Falle also würde der Reichskanzler sich schon in der nächsten Session genöthigt sehen, das Tabaks-Monopol vorzulegen und sofort nach dem Schluß der jetzigen Session die entsprechenden Vorarbeiten zur Vorlage des Monopols machen zu lassen. — Das Project des Nord-Ostsee-Canals gewinnt jetzt eine praktischere Gestalt dadurch, daß außer dem Hamburger Schiffsmakler Dahlström auch noch eine englische Gesellschaft, welche vom Dr. Bartling vertreten ist, sich angeboten hat, einen Canal von Glückstadt nach Kiel zu bauen. Die Vortheile des letzteren Projects werden allseitig, und namentlich in den maßgebenden Kreisen als so überwiegend anerkannt, daß man es für ungewisshaft hält, daß die Linie Glückstadt-Kiel zur Ausführung kommen wird.

Gegen das Dahlström'sche Project spricht namentlich die Unmöglichkeit der Anlage eines Hafens und die Schwierigkeit der Anseglung bei stürmischem Wetter bei Brunsbüttel, während bei Glückstadt ein vollständig ruhiges Fahrwasser ist. Außerdem genügen die Dimensionen des Dahlström'schen Canals durchaus nicht den Intentionen des Marineministers, während das Bartling'sche Project so gefaßt ist, daß die größten Panzer-Fregatten den Canal passieren können. Auch ist es ganz unmöglich, in Brunsbüttel genügende Befestigungen als für einen Canal, der von der Marine benützt werden soll, anzulegen, während solche in Glückstadt mit geringen Kosten hergestellt werden können. Der Vortheil andererseits, welcher durch die Anlage der Docks, Speicher, Warrant-Häuser und ähnlicher Establishments in Glückstadt, so nahe bei Hamburg, angelegt werden, sind außerdem so überwiegend und wichtig für den deutschen Handel, daß das Bartling'sche Project schon jetzt als dasjenige betrachtet werden kann, welches zur Ausführung kommen wird, zumal sich auch die betreffenden Ressorts durchaus günstig dafür ausgesprochen haben.

**Berlin, 26. März.** [Deutsche und russische Politik.] — Der Antrag Sachsens bezüglich eines Beredlungs-Zolles. — Zur zweiten Lesung der Militärgesetz-Novelle. — Welfen, Ultramontane und Conservative.] Der Aufenthalt des Fürsten Drloff in Berlin wird wohl noch auf längere Zeit hin Gegenstand der Erörterung in der Presse bleiben, ohne daß über den eigentlichen Inhalt seiner hiesigen Besprechungen Verlässliches bekannt werden möchte. Auffallend ist die Reserve, welche man in den Mittheilungen an jenen Stellen beobachtet, welche in der Lage wären, darüber Auskunft zu geben. Soviel scheint festzustehen, daß der Fürst Drloff sehr rückhaltlos Äußerungen gehört über die diesseitige Auffassung der russischen Politik und der russischen Verhältnisse um eine französische Allianz, die jedenfalls einen harten Stoß erhalten, um nicht zu sagen, Flacco gemacht hat. Es ist ferner unbestreitbar, daß die hiesigen russischen Kreise einigermaßen überrascht davon waren, in welchem Umfange man hier über die einschlägigen Verhältnisse unterrichtet war, und daß man endlich dieseits constatirt hat, wie die neueste Annäherung Rußlands an Deutschland von der verweigerten Auslieferung des Nihilisten Hartmann datirt. Wenn ernste Erörterungen zwischen Rußland und Deutschland bestanden haben, so ist man kaum zu der Annahme berechtigt, daß sie durch die neuesten Vorgänge wie mit einem Schlage nun auch beseitigt seien; man wird das Richtige treffen, wenn man daran festhält, daß die äußerste Vorsicht, mit welcher man Rußland bis dahin gegenüberstand, auch fernerhin nicht aufgegeben wird. Die herzliche Sympathie der Souveräne und die Richtung der leitenden Staatsmänner in Rußland und Deutschland als völlig getrennte Dinge zu betrachten, ist man ja längst gewöhnt! — Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß der officielle Bericht über die letzte Sitzung des Bundesrathes des Antrages des Königreichs Sachsen auf Einführung eines Beredlungs-Zolles mit keiner Silbe erwähnt und doch ist derselbe, wie anderweitig verlautet, in aller Form eingebracht und an die zustehenden Ausschüsse verwiesen. Der Wortlaut des Antrages, der zuerst durch officielle Organe der sächsischen Presse bekannt geworden, läßt inzwischen über Tendenz und Tragweite des Antrages keinen Zweifel. Allem Anschein nach erscheint dessen Einbringung zu einer Zeit, da die Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich noch schweben, inopportun; daraus sind denn auch wohl Gerüchte, für die wir aber keine Bürgschaft übernehmen, zurückzuführen, daß einzuzeichnende Stimmen für eine vorläufige Vertagung des Antrages eingetreten sind. — Die zweite Lesung der Militärgesetz-Novelle soll in der ersten Woche nach Wiederbeginn der Reichstagsarbeiten stattfinden, da die möglichst zeitige Fertigstellung der Vorlage wegen der umfangreichen Vorbereitungen, welche ihre Ausführung erfordert, besonders erwünscht ist. An einer Annahme des Entwurfes nach den Beschläffen der Commission ist nicht zu zweifeln. Der Antrag, die siebenjährige Dauer des Militäretats in eine fünfjährige umzuwandeln, wird im Plenum wieder aufgenommen werden und ist nicht ohne Chancen auf Annahme, obschon die gesammte Rechte einmüthig dagegen stimmt und Unterstügung selbst aus den Reihen der Nationalliberalen erhofft, von denen ein Theil allerdings gegen den Reichs-Antrag auf 5 Jahre zu stimmen geneigt ist. — In den Reihen der Conservativen des Reichstages hat das Schreiben des Centrumsführers, Herrn von Franckenstein, welches die Welfen trotz des Ausstretens des Herrn Brühl im Abgeordnetenhaus der unentwegten Freundschaft des Centrums versichert, große Verstimmung hervorgerufen. Die Gemeinschaft mit Trägern solcher Gesinnungen bereitet den Conservativen erklärliche Verlegenheit, und man sinnt auf Mittel, wie man sich am glücklichsten herausziehen könnte; noch hat man den Ausweg nicht gefunden.

**Berlin, 26. März.** [Die Conjecturalpolitik über den Abgeordneten von Bennigsen.] Wie wenig Verständnis für unsere Parteizustände im Auslande herrscht, beweist schon der Umstand, daß in Leitartikeln gelehrter englischer und belgischer Blätter allen Ernstes die Frage des bevorstehenden Eintritts des Abg. von Bennigsen in das preussische Staatsministerium behandelt wird. Nicht genug an dem, wollen diese Organe auch wissen, daß Herr von Bennigsen sich bereits über den Zeitpunkt seines Eintritts in das Cabinet mit den leitenden Staatsmännern verständigt habe. Wir können nach verlässlichen Ermittlungen diese Nachrichten als vollständig erfunden bezeichnen. Die zweimächtige Besprechung des Reichskanzlers mit dem Führer der nationalliberalen Partei hat nur einen Ideenaustausch betrefend der einen oder der anderen Vorlage an dem Reichstag zum Zweck gehabt, nichts mehr und nichts weniger. Das ist allerdings schon früher angedeutet worden. Aber die Verbreiter jener Sensationsnachrichten haben sich nicht dabei beruhigt, und glauben noch einen Schritt weiter gehen zu dürfen, indem sie Herrn von Bennigsen die Gasse zur Erlangung eines preussischen Portefeuilles, resp. des höchsten Postens im Reich vorzeichnen. Um den hierarchischen Anforderungen des Reichs- und Staatsdienstes zu genügen, lassen sie ihn den Botschafterposten in Rom übernehmen, wo er durch seine liberalen Antecedenten und seine Beziehungen zu italienischen Staatsmännern den Platz vollständig ausfüllen könnte. Herr von Keubell würde sich nach demselben Conjecturen ohne Weiteres entschließen, den Botschafterposten in Paris anzutreten, auf den zurückzukehren für den Fürsten Hohen-



lohe keine Veranlassung mehr vorliegen soll. Zu diesem völlig in der Luft schwebenden Gerichte tritt noch ein anderes, welches nicht Herrn von Bennigsen, sondern den Fürsten Hohenlohe für die Besetzung des höchsten Reichsamts in Aussicht nimmt, weil derselbe durch Familienbande dem Erben der deutschen Kaiserkrone nahe getreten und seine staatsmännlichen Eigenschaften ihn am würdigsten für diese Stellung erklären. Man sieht, mit wie vieler Phantasie im Auslande politische Zukunftsmusik für Deutschland gemacht wird, während man einfach den realen Boden unserer parlamentarischen Zustände außer Acht läßt. Man fragt nicht darnach, ob Fürst Bismarck in einem Augenblick, wo die nationalliberale Partei in sich einig und geschlossen ist, ihren Führer nach Rom gehen lassen kann. Die Conjecturalpolitik ferner, selbst von ihrem eigenen Standpunkte fragen nicht, ob Herr von Bennigsen als parlamentarischer Minister der preussischen und der Reichspolitik wichtigere Dienste leisten könnte, als in der Eigenschaft eines Botschafters. Endlich zieht man nicht in Erwägung, daß Herr von Bennigsen selbst von seinem Pariser Programm nicht abgehen und allein in ein conservatives Ministerium treten kann.

[Erklärung des Abgeordneten Kaster.] Der Abgeordnete Kaster hat an seinen Meininger Wahlkreis ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Gründe seines Austrittes aus der nationalliberalen Fraktion des Reichstages darlegt. Das Schreiben lautet:

Verehrte Herren!  
Nachdem ich aus der nationalliberalen Fraktion des Reichstages förmlich ausgeschieden bin, beileibe ich mich Ihnen darüber Aufklärung zu geben. Wenn auch der gethane Schritt nicht meine Parteistellung, sondern nur meine Beziehung zu einem parlamentarischen Fraktionsverband betrifft, so scheint mir doch auch dieser Umstand wichtig genug, um vor den Wählern, welche seit länger als zwölf Jahren ihr Vertrauen mir bewahrt haben, die Gründe meines Verhaltens zu entwickeln, und ich könnte dies nicht besser thun, als indem ich mich an die Freunde wende, welche besonders um die Organisation und den Betrieb der Wahlen sich bemüht haben.

In meinem an die Fraktion gerichteten Schreiben habe ich Gewicht gelegt auf die Erklärung, daß die Lösung des Bandes zwischen der Fraktion und mir schon in der vorigen Session begonnen hat. In der Fraktion selbst hatte ich vorher schon mich darüber ausgesprochen und ausdrücklich gegen das Mißverständnis verwahrt, als ob einzelne Differenzpunkte über die eine oder die andere Vorlage dieser Session mich zum Austritt bestimmten könnten.

Auch in der Periode fruchtbarer Schöpfung hat es Differenzpunkte von gleicher und noch größerer Wichtigkeit gegeben und es ist jumeist gelungen, zwischen den abweichenden Richtungen innerhalb der Fraktion eine Ausgleichung zu gewinnen, und öfter, wenn die Ausgleichung nicht an der Stelle geschah, welche mir die erwünschteste gewesen wäre, habe ich, wie es einem jeden Mitgliede eines größeren Verbandes geziemt, mich gefügt, gegenüber dem Vortheil, das Nützlichere zu Stande kam. Gleiches hätte ich ferner gethan, wenn ich nicht seit der vorigen und in der jetzigen Session mich überzeugt hätte, daß in der Leitung und in den Entscheidungen der Fraktion ein anderer Sinn als früher nachhaltig zur Geltung gelangte.

Diese Umgestaltung geschah, theils in Folge des allmählig veränderten Personenbestandes, theils in Folge tief erschütternder Ereignisse und des Bruches, welchen in Zusammenhang mit jenen Ereignissen die Regierung an ihrer bisherigen Politik in der vorigen Session vollzogen hat.

Die Wirtschaftspolitische und Steuerpolitik der Regierung war für Viele von uns mit den Ueberlieferungen und dem Inhalt irgend einer liberalen Politik unvereinbar. So lange man in den früheren Jahren gewärtig sein durfte, daß nur etwa einige Tarifveränderungen den Beschwerden einzelner Industriezweige abhelfen sollten, durfte man sich der Hoffnung hingeben, daß solche Veränderungen nicht zur Höhe einer politischen Krise sich steigern und die Gemeinsamkeit zwischen Fraktionsgenossen, welche über die Nothwendigkeit und Nützlichkeit solcher Maßregeln verschieden dachten, nicht lockern würden. Eine „Reform“ dagegen, welche darauf abzielte, die Ueberlieferungen der deutschen Handelspolitik von Grund aus abzuschaffen, und was für mich noch schwerer ins Gewicht fällt, welche darauf abzielte, die Steuerlast in weit erheblicherem Maße als bisher auf die unteren Erwerbsklassen zu legen und die höheren Besitz- und Erwerbsklassen im Verhältnis zu entlasten, durfte nach meiner Auffassung keinen Theil eines liberalen Programms bilden.

Seitdem hat sich bestätigt, was in der vorigen Session von den damaligen Gegnern der Regierungspolitik vorausgesehen und von den Regierenden nicht in Abrede gestellt wurde, daß die Wirtschaftspolitische und Steuerreform noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern in dem Geiste der vorjährigen Beschlüsse noch fortgesetzt werden wird, wenn auch einige Pause bergemittelt sein mag. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß die Entlastungen, welche versprochen sind, aber noch gänzlich ausbleiben, sowie die in dem Reich und in einzelnen Staaten beabsichtigten Mehrausgaben in derselben Methode einer stärkeren Belastung der unteren Erwerbsklassen beschafft werden sollen.

Leider konnte ich nicht, wie andere mir werthe Freunde noch jetzt, der Hoffnung mich hingeben, daß die Spaltung, welche die Wirtschaftspolitische und Steuerpolitik der Regierung unter den Fraktionsgenossen geschaffen hat, im Uebrigen die Gesamtpolitik, sowie das Verhältnis der Regierung zur liberalen Partei unberührt lassen werde. Dazu hat die Reform zu tief in die Ueberlastung der unteren Erwerbsklassen eingegriffen und zu weit nach dieser Richtung hin gebunden. Wenn, beispielsweise, seitdem im Herreifen eine erhebliche Mehrbelastung für notwendig erachtet wird und das Nothwendige selbstverständlich gewährt werden muß, so ist es doch eine empfindliche Erschwerung, daß das Steuersystem zwingt, den größeren Theil der hierdurch entstehenden Last auf die schwächeren Schultern zu legen. Wie denn überhaupt die Gebiete des öffentlichen Lebens nicht so isolirt gegeneinander sind, daß eine den Zeitverhältnissen nach reactionäre Wirtschaftspolitische und Steuerpolitik mit einer dem Fortschritt zugewandten Politik in übrigen Dingen sich vereinigen ließe.

Aber auch die Geschichte der plötzlichen Wandlung im vorigen Jahre hat mir die Gefahr klar vor Augen gebracht, daß dieselben Beweggründe, welche jene Wandlung bewirkt haben, jedes energische Festhalten an anderen Fragen liberaler Grundanschauungen verhindern würden.

Aus eigener Anschauung weiß ich, was übrigens auch im Lande allgemein bekannt ist, daß die wesentlichsten Grundzüge der vorjährigen Reform von Hause aus in der liberalen Partei keinen Anhang hatten und daß auch Solche, welche später zu dem Ganzen des neuen Systems ihre Zustimmung gegeben haben, durch den Decemberbrief des Fürsten Bismarck, wie durch die anderen tief eingreifenden agrarischen Verordnungen des Fürsten auf das Unangenehmste überrascht wurden. Wenn dennoch von einem Theil der Liberalen, und insbesondere von Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion im Reichstage der Widerstand aufgegeben wurde, so geschah dies lediglich aus taktischen Erwägungen; weil die augenblickliche Stimmung im Volke der angebotenen Richtung günstig war und durch den mächtigen Einfluß des Fürsten Bismarck außerordentlich verstärkt wurde, und weil die Partei des Centrums, zu einer Verbindung mit der Regierung bereit, dadurch die Mehrheit gesichert, das Verharren in der Minderheit aber unter solchen Umständen im Parteinteresse nicht ratsam schien. Dieselben Erwägungen, fürchte ich, werden zu einem gleichen Verfahren führen, so oft Fürst Bismarck in irgend einem anderen Zweige der Politik auf dieselbe Weise das Spiel der Parteien in Bewegung setzen wird.

Nach meiner Auffassung läßt sich die geschilderte Methode im parlamentarischen Wirken der nationalliberalen Fraktion nur erklären durch die Ansicht, daß die Bildung einer clerical-conservativen Mehrheit unter allen Umständen zu verhindern und an deren Statt allenfalls eine liberal-conservative Mehrheit in Aussicht zu stellen sei. Ich aber halte eine solche Combination für unmöglich, außer unter Opfern, welche die Bestrebungen einer maßvoll liberalen Partei in der Gegenwart beschädigen und für die Zukunft gefährden. Die Verbindung mit den Conservativen, unter der, wie wir glauben, nicht nachhaltigen doch augenblicklich starken conservativen Stimmung, kann nur dazu dienen, den liberalen Gedanken zu verwischen und die Liberalen für die im entgegengegesetzten Sinn geleiteten Handlungen der Regierung und Beschlüsse des Parlamentes mit verantwortlich zu machen; und die Nachwirkung hiervon würde die Existenz einer maßvoll liberalen Partei gerade dann erschweren, wenn der Zeitpunkt eintritt, ihre positive Wirksamkeit wieder aufzunehmen. Auch bin ich der Meinung, daß ein festes Entgegenhalten an den Grenzen der liberalen Forderungen, selbst von einer jetzigen Minderheit unternommen, weit geeigneter sein würde, eine gewisse berechenbare Festständigkeit in den Gang der inneren Angelegenheiten zu bringen, als eine Politik, welche durch das Ringen um eine Mehrheitscombination, aber nicht durch die inhaltliche Bedeutung der Anforderungen bedingt ist. Nach dem ganzen Inhalt meiner Ueberzeugungen und geschicht-

lichen Anschauungen bin ich wenigstens nicht im Stande, an einer solchen Politik Theil zu nehmen.

In dieser Lage blieb mir die Wahl unter drei verschiedenen Möglichkeiten des Verhaltens.

Erstens: In der Fraktion zu bleiben und mit einer Minderheit die angebotenen Tendenzen zu bekämpfen. Dies schien mir ungestattet. Als noch die Entscheidungen der Fraktion einen sehr wesentlichen, positiv bestimmenden Einfluß auf den Gang der Gesetzgebung hatten, konnten die Differenzen mit Nutzen innerhalb der Fraktion ausgefochten werden, da die im Durchschnitt gewonnene Verständigung einen productiven Erfolg für die Entwicklung des Reiches und die Förderung des liberalen Strebens einbrachte. Wenn damals Unfreundlichkeiten den Zwiespalt unter den Fraktionsgenossen herbeiführten und mit Spötteleien begleiteten, so konnten wir mit den großen Ergebnissen uns zufrieden stellen. Es that gewiß der Würde des Parlamentes und der eigenen Partei keinerlei Eintrag, daß die Constatirung des Norddeutschen Bundes, des Deutschen Reiches, die Justizgesetze, die Münzreform, die einheitliche Ordnung des Bankwesens, die Gesetzgebung über das Heimathwesen und den Gewerbebetrieb, die gesetzliche Ordnung des Kriegsdienstes und der Seeresverwaltung, die Civile und Civilstandsregister und andere große, weit über die Tagesbewegung und unsere Lebensdauer hinausgehende Erfolge im Reich und in Preußen nicht auf dem einfachsten Wege, sondern unter lebhaftem Ringen zwischen den Parteigenossen und mit der Regierung erreicht wurden. Die entscheidende Mitwirkung an solchen Erregungen wird ein dauerndes geschichtliches Verdienst der Partei bleiben. Dagegen geht, da die Periode des productiven Schaffens in liberaler Richtung unterbrochen ist und die Gegensätze wesentlich um Fragen der Abwehr und des Ausweichens sich bewegen würden, könnte eine über die Grundbedingungen der praktischen Politik in sich getheilte und streitende Fraktion weder Bedeutung leisten noch ihr Ansehen unterseht erhalten. Soll, was ich nicht, doch viele für zu treffend halten, ein System des Ausweichens dem Interesse des Landes dienen, so muß wenigstens die gesammte Fraktion im Entschluß einig und in der praktischen Durchführung von denselben Gesichtspunkten geleitet sein. Selbst das Parlament, welches doch zur Zeit wahrlich auf keinem Höhepunkt seiner Bedeutung steht, würde empfindlich darunter leiden, wenn der Streit innerhalb einer zur Mehrheit hinstrebenden Fraktion die Gesamthaltung des Reichstages ins Ungewisse bringen würde.

Als zweite Erwägung trat an mich heran, ob ich nicht mein Mandat zum Reichstag niederlegen sollte, um einem förmlichen Bruch mit Fraktionsgenossen, mit denen mich schon die schönste Erinnerungen verbinden, aus dem Wege zu geben. Dies würde meiner persönlichen Neigung sehr zugelegt haben. Denn es gehört zu den schwersten Entschlüssen, eine so lange gepflegte Gemeinschaft aufzugeben. Aber unter den ernstesten Erwägungen konnte ich vor mir selbst die innere Rechtfertigung nicht finden, in so bedrängter Zeit den Platz zu verlassen, welcher mir nicht bloß zur Ausübung von Rechten, sondern auch zur Erfüllung von Pflichten anvertraut ist.

So blieb mir denn nur das Dritte, wozu ich mich entschloß, aus der Fraktion zu scheiden und mit einer vereinzelt, aber ganz selbstständigen Stellung im Reichstag mich zu begnügen. Viel vermag der Einzelne in der bescheidenen Stellung eines Abgeordneten nicht. Aber wenn ein von jeder denkbaren Nebenbedingung losgelöstes, selbst von der Tagesströmung nicht bezwungenes Streben für die Befestigung des Reiches, für die Durchbildung des Rechtsstaates, für die unerschütterliche Wahrheit in den Verhandlungen des Parlamentes dem Lande in irgend etwas dienen kann, so will ich gern einer solchen Aufgabe meine Kräfte widmen, so lange das Vertrauen meiner Freunde im Lande und vor Allem in meinem Wahlkreis mir erhalten bleibt.

Vielfach ist mir vorgehalten worden, daß ich in der vorigen Session schon den Schritt hätte thun sollen, in welcher die Gründe bereits vorgelegt haben und wahrscheinlich viele Fraktionsgenossen zu einem gleichen Schritt bereit gewesen wären. Mir hat jedoch damals wie heute jede propagandistische Absicht innerhalb der Fraktion gefehlt. Auch war es eine Zeit lang wahrscheinlicher, daß die Fraktion, mit deren Ueberwiegen der Mehrheit ich im Beginn der vorigen Session sachlich in vollster Uebereinstimmung war, der Richtung sich zuwenden würde, welche diesem sachlichen Standpunkt zu entsprechen schien. Jeder auffälligen Demonstration gegen die jährliche Fraktionsgenossen abgemittelt, habe ich den äußersten Zeitpunkt abgewartet, an welchem eine geschäftliche Anordnung der Fraktion mir eine förmliche Erklärung auferlegte.

Auch in meiner isolirten Stellung werde ich der Gesinnung treu bleiben, aus welcher ich an der Gründung der nationalliberalen Partei mitgewirkt habe, während ich mit meinem bisherigen öffentlichen Leben in voller Uebereinstimmung zu sein glaube, indem ich den Inhalt über diese Form stelle und nicht ferner an einem äußeren Fraktionsverband festhalte, mit welchem ich unter den jetzigen Zeitverhältnissen die Gemeinsamkeit der Idee nicht befinde.

In meiner augenblicklichen Vereinzeltung innerhalb des Reichstages begehe ich die Hoffnung, daß günstigere Verhältnisse die Sammlung der liberalen Partei um den liberalen Gedanken herbeiführen, und daß aus der, wie es scheint, durch die Uebermacht der Personen und Verhältnisse bedingten Zersplitterung eine neue, lebenskräftige Organisation hervorgehen wird.

[Streit im ultramontanen Lager.] Von der Abwehr der „Bonner Deutschen Reichszeitung“ nimmt die „Germania“ nachträglich noch Notiz; sie bemerkt:

„Zur Verübung der „Reichszeitung“ sei hiermit erklärt, daß wir den undankbaren Beruf der Schulmeister nicht in uns fühlen, obschon wir die Nothwendigkeit und Nützlichkeit dieses Standes, so lange es täppische und ungezogene Kinder giebt, nicht in Abrede stellen. Wir sind bloß der Ansicht, daß, wenn die „Reichszeitung“ das Recht hat, über das Centrum, die Bischöfe und den Papst selbst „frei die Meinung zu äußern“, die „Germania“ auch allenfalls das Recht hat, über die Weisheit der „Deutschen Reichszeitung“ ihre unmaßgebliche Meinung zu sagen. Wenn die „Deutsche Reichszeitung“ sich dadurch belästigt fühlt, so liegt das keineswegs an der autoritären Stellung, die wir nicht haben, sondern vermuthlich an der Schwäche ihrer Position. Möge die „Reichszeitung“ einen Trost darin finden, daß die gesammte gegnerische Presse mit unerkennbarem Verdragen von ihren Auslassungen Notiz nimmt.“

[Kann der Reichstag die Vorlegung des handelspolitischen Abkommens mit Oesterreich verlangen?] Die „N.-L. C.“ schreibt: „Fakt man den Abzug 3 des Artikels 11 der Reichsversammlung dahin auf, daß alle vom Deutschen Kaiser eingegangenen Verträge, welche für das Gebiet des Deutschen Reiches Anordnungen bedingen, die nach unserm Staatsrecht nur im Wege der Gesetzgebung getroffen werden können, zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Reichstages bedürfen, so erledigt sich die zwischen dem Reichstage und der Reichsregierung schwebende Angelegenheit wegen Vorlegung des deutschösterreichischen Abkommens vom 31. December durch die Beantwortung der Frage, ob aus dem durch dieses Abkommen modificirten Handelsvertrage vom 16. December 1878 Anordnungen der gedachten Art resultiren oder nicht. Die Feststellung der Kompetenzgrenzen zwischen Gesetzgebungsrecht und kaiserlichem Verordnungsrecht ist keine leichte Aufgabe. Die Reichsregierung ist der Meinung, aus dem vorliegenden Vertrage Alles ferngehalten zu haben, was nicht lediglich durch kaiserliche Verordnung geregelt werden könnte. An dieser oder jener Stelle kann man zweifelhaft sein, ob diese Ansicht wirklich zutrifft; dagegen scheint uns, daß sich die Regierung wenigstens in einem Punkte, in der den österreichischen Gewerbetreibenden zugehörten Behandlung nämlich, im Irrthum befindet. Zweifellos ist, daß der in Art. 19 des Vertrages garantierte Gleichstellung der Angehörigen der vertragenden Theile in Bezug auf den Antritt und den Betrieb von Handel und Gewerbe seitens der Gesetzgebung des Deutschen Reiches nichts im Wege steht. Dagegen ist die Gleichstellung in Bezug auf die von Handel und Gewerbe zu entrichtenden Abgaben unseres Handelsrechts nicht ohne Weiteres durch kaiserliche Verordnung zulässig. Besonders kommt hierbei in Betracht, daß Kaufleute des einen Landes, wenn sie in ihrer Heimath die gesetzliche Abgabe entrichten, in dem andern Lande, falls sie, nur unter Mitführung von Quittungen, Bestellungen suchen, keine weitere Abgabe hierfür zu entrichten verpflichtet sein sollen. Ferner sollen die Angehörigen des einen der vertragenden Theile, welche das Frachtfuhrerwesen, die See- oder Flußschifffahrt zwischen Plätzen verschiedener Staaten betreiben, für diesen Gewerbebetrieb in dem Gebiete des anderen Theiles einer Gewerbesteuer nicht unterworfen werden. Bis zu besserer Belehrung vermögen wir nicht abzusehen, wie die Regierung den Nachweis führen will, daß die aus diesen Bestimmungen für das Deutsche Reich resultirenden Anordnungen lediglich im Wege kaiserlicher Verordnung erlassen werden könnten. Wir sind demgemäß der Ansicht, daß das Abkommen vom 31. December v. J. allerdings der Genehmigung des Reichstages bedarf, daß also der letztere aus dem Recht hat, die Vorlegung des Abkommens zu verlangen. — Wir haben im Vorstehenden nicht weiter berücksichtigt, daß für Verträge, welche nach Art. 11 der Reichsversammlung der Genehmigung des Reichstages bedürfen, auch die Zustimmung des Bundesraths erforderlich ist. Einmal ist, da die Verhandlungen des Bundesraths nicht öffentlich sind, amtlich nichts darüber bekannt, wie diese Körperschaft

sich mit der Frage abgefunden hat; nach der „Nordb. Allg. Ztg.“ hätte der Bundesrath gegen das Abkommen „nichts zu erinnern gefunden“, ein Ausdruck, der recht wohl im Sinne einer nachträglichen Zustimmung zu dem Abkommen gedeutet werden kann. Sodann aber hat der Reichstag sich für die Beurtheilung seiner verfassungsmäßigen Rechte lediglich an seine eigene gewissenhafte Ueberzeugung zu halten und kann sich durch eine etwaige abweichende Auffassung des Bundesraths nicht bestimmen lassen. Auch das Argument der „Nordb. Allg. Ztg.“, daß Abkommen könne nicht mehr vorgelegt werden, weil sonst zugegeben würde, daß es bisher ungültig gewesen, ist durchaus nicht stichhaltig. Der Vertrag vom 16. December 1878 trat auch mit dem 1. Januar 1879 in Kraft, während die Genehmigung des Reichstages vom Reichsanwalt erst unter dem 12. Februar 1879 nachgeschickt wurde. In der That steht vernünftigerweise nichts im Wege, daß in absolut dringlichen Fällen die Genehmigung der Volksvertretung zu einem Vertrage erst nachträglich eingeholt wird, vorausgesetzt, daß die Regierung sich von der Gewährung der Genehmigung fest überzeugt halten konnte. Diese Ueberzeugung durfte sie im vorliegenden Falle ohne allen Zweifel haben: von keiner Seite im Reichstage wird der eigentliche Inhalt des Abkommens beanstandet. Materiell ist die Frage also ohne Bedeutung. Was so auffallender ist, es, daß die Regierung auf die formelle Seite ein Gewicht legt, welches ein ihr so nahestehendes Blatt wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ veranlaßt, den Reichstag vor eine Verfassungsfrage von weittragender Bedeutung zu stellen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Osterferien im Schoße der Regierung doch noch anderen Erwägungen Eingang verschaffen.

— [In Sache der neuen Militärvorlage.] Merorten in Deutschland giebt sich das Bestreben kund, die Opfer, welche die neue Militärvorlage vom Volke erheischt, nicht so schwer fühlbar zu machen und durch Vorbildung der Einzelnen die Last erleichtern zu helfen, die der Allgemeinheit auferlegt wird. So hat Herr Ed. Sonne in Hannover dem gegenwärtig in Berlin tagenden Reichstage eine Petition zugeben lassen wegen Schaffung einer neuen Einjährigklassen im deutschen Heere. Die selbe lautet im Auszuge folgendermaßen:

„Unter dem 15. Februar 1874 habe ich dem hohen deutschen Reichstage ein Gesuch des Inhalts unterbreitet: es möge beachtet genommen werden auf Einführung einer einjährigen kostenfreien Ausbildungsprüfung bei den Fußtruppen in eigens hierzu auszuwählenden Compagnien für solche Dienstpflichtige, welche in deshalb anzustellender Prüfung eine besondere körperliche Vorbildung bezw. Schulung (z. B. im Weitspringen, Klettern am Tau, Dauerlauf mit Tornister und Gewehr) und dazu eine sichere Schießfertigkeit mit dem Dienstgewehr nachweisen. Diese meine Bitte erlaube ich mir hierdurch bei dem inzwischen neu gewählten hohen deutschen Reichstage auf Neue einzubringen. Als Gründe für diese Einrichtung führt Patent 1) die Beförderung der mit dem Militärdienst verbundenen Entmündung von des erworbenen Befähigungen und 2) die Verminderung der Kosten des durch herabgeminderten Präsenzstandes der Armee an. Drittens wird es zum Bestehen der vorgeschlagenen Specialprüfung bestimmter auf eine Reihe von Lebensjahren sich vertheilender Vorbildungen bedürfen, welche von sehr günstiger Rückwirkung auf die Begründung manneswürdiger Lebensgewohnheiten und körperlicher Abhärtung innerhalb des strebsamen Theiles der Bevölkerung sein würden. Es fallen diese gymnastischen Vorbildungen für die heranwachsende Jugend in eine Entwicklungszeit, in welcher allbekanntlich tägliche Körperanstrengung eins der besten Mittel zur Bewahrung vor unheilvoller, Gesundheit vergewaltigender Trägheit ist. Das durch diese Uebungen gehobene Selbstbewußtsein der jungen Leute würde der Lage der Sache nach ein nationales sein und würde das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich mächtig heben. 4) Würden alsdann viele jetzt sehr willkürliche Disziplinen sich bereit finden lassen, für ihre Communal- und Turnräume herzustellen. Würde 5) die in Frage stehende Vergünstigung nur solchen gewährt, welche nach Dictat ein fehlerfreies Deutsch schreiben, so würde dies zur Germanisirung der deutsch-feindlichen Reste nichtdeutscher Nationalitäten innerhalb des Reiches helfen. Sollte man aber etwa glauben, die Schaffung der neuen Einjährig- und Kategorie möge der Ergänzung des Unteroffiziersstandes Abbruch thun, so möge man durch Vervollkommnung des militärischen Schulwesens diesem Nachtheile zu begegnen suchen. Fortbildungsschulen bei den einzelnen Divisionen oder Brigaden, in welchen Capitulanten für mindestens achtjährigen Präsenzdienst während einer etwa zwölfmonatlichen Dispensation dem Dienste durch besonders tüchtige Lehrer Unterricht in den Elementarschulächern und Fertigkeiten, desgleichen auch in Gegenständen militärischer Technik (incl. Turnen und Schießen) erteilt werden für den nöthigen Unteroffiziers-Nachschub sorgen können.“

[Verfügung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.] Mit dem 1. April d. J. wird die bisherige Eintheilung der Baubeamten in Bauinspectoren und Kreis- u. Baumeister aufhören und von da ab nur die eine Kategorie der Baubeamten bestehen. Die bisherigen königlichen Kreis-, Wasser- und Landbaumeister im Ressort der Allgemeinen Bauverwaltung sind demgemäß sämmtlich zu königlichen Kreis-, Wasser- und Land-Baubeamten ernannt worden.

[Marine.] S. M. Kanonenboot „Hyäne“, 4 Geschütze, Commandant Capt.-Lieut. v. Söden, hat am 4. Februar c. Valparaiso verlassen und ist am 15. d. M. auf der Rhede von Callao angekommen.

[Das Gesetz, enthaltend Bestimmungen über das Notariat, vom 8. März 1880] wird im „Reichsanzeiger“ publicirt.

## Frankreich.

Paris, 23. März 1880. [Die Maßregeln der Regierung gegen die Congregationen. — Die englischen Wahlen. — Deutsche Socialisten. — Ovationen für Prof. Nordenföld. — Aus Algier. — Verdi's Wida.] Morgen, heißt es, wird im Amtsblatt die erwartete Note betreffend der Congregationen erscheinen und zwar in Form eines Verdicts, welcher constatirt, daß alle diese Genossenschaften aufgefördert werden, ihre Statuten vorzulegen. Es bestätigt sich, daß man zunächst gegen die auswärtigen Jesuiten vorgehen wird. Da der päpstliche Nuncius Herr Gzacki in Sachen der Jesuiten nichts thun will, indem er zwar nicht direct für die Jünger Loyola's eintritt, aber auch zu keinerlei Verfahren gegen dieselben seine Approbation giebt, so wird die Freymeth versucht, bei dem heil. Stuhle direct eine Art von Zustimmung zu wirken und ist mit dieser heiligen Mission, der man schwerlich großen Erfolg versprechen kann, der neue Botschafter beim Vatikan, Herr Desprez beauftragt worden. — Die hiesigen Blätter fangen an, sich für die englischen Wahlen, die sie bisher nur mit halber Aufmerksamkeit verfolgten, lebhaft zu interessieren. Die Erklärung Lord Hartington's, England könne nicht in eine Alliance willigen, die es möglicherweise zum Conflict mit der französischen Republik führen werde, ist diesem gesteigerten Interesse natürlich nicht fremd. Die Abendblätter nehmen mit großer Genugthuung von der Aeußerung des Marquis Act und die „France“ feiert in einem großen Leitartikel die Versöhnung der englischen Whigs und der französischen Liberalen, deren gutes Verhältnis nur durch die unkluge Politik Napoleons III. getrübt worden. — Demnächst werden einige deutsche Socialisten vor der Pariser Justizpolizei erscheinen. Dieselben hatten in voriger Woche eine Versammlung abgehalten und hatten bei dieser Gelegenheit zwei Agenten der geheimen Polizei, die sie überwachen wollten, geprägt. Wegen dieser Gewaltthätigkeit haben sie sich vor dem erwähnten Gerichtshofe zu verantworten. — Die Pariser geographische Gesellschaft rüftet sich, den Professor Nordenföld, der binnen Kurzem hier erwartet wird, mit außerordentlichen Ehren zu empfangen. Sie will ihm dieselben Auszeichnungen erweisen, die sie seinerzeit den Afrikareisenden Cameron und Stanley erwies hat. Da der Saal der Sorbonne für eine feierliche Sitzung, wie man sie veranstalten will, zu klein ist, so hat der Präsident der geographischen Gesellschaft de la Roncière de Bourden Circus in den Champs Elyées gemiethet. Dort wird Nordenföld vor einem jedenfalls zahlreichen und ausbelesenen Publikum über seine Reise im Norden Bericht erstatten und am folgenden Tage wird ihm die Gesellschaft ein Bankett im Hotel Continental anbieten. Auch der Pariser Gemeinderath veranstaltet eine Festlichkeit zu Ehren des berühmten Reisenden. Für die Sitzung im Circus rechnet man auf den Besuch des Prinzen Oskar von Schweden, der unter dem Namen eines Grafen Gripsholm hier angekommen ist. — Von Algier kommen einige Nachrichten über die Expedition des Obersten Flatters, der nach dem



Süden geschickt worden, um Vorstudien für die transaharische Eisenbahn zu machen, die letzten Nachrichten wahrscheinlich, die wir für längere Zeit erhalten werden. Der Oberst Flatters macht sich mit einer Karawane von 106 Personen auf den Weg, darunter 8 Ingenieure und 68 Kameelführer, die in Duagla angeworben sind und dem Stamme der Chambaas angehören. Er führt 15 Pferde und 200 Kameele mit sich. Er ist wahrscheinlich gegenwärtig in der Gasse von Temastina, wo er nach 18tägigem Marsch anzukommen hoffte. — Die gestrige erste Aufführung der Uda war ein Triumph für Verdi, welcher selbst den Tacchocch führte. Er wurde bei seinem Erscheinen mit einer stürmischen Beifallssturm begrüßt und mußte am Schlusse auf der Bühne erscheinen. Obgleich Uda längst den Parisern bekannt ist, so hatte die Große Oper das Werk mit einer Feierlichkeit und Sorgfalt in Szene gesetzt, als ob es sich um eine neue Schöpfung handelte. Die Ausstattung ist eine prächtige, nur das Ballet, in dessen Einleitung Verdi nach längerem Widerstreben gewilligt hatte, erschien als banal und der Oper unwürdig. Fräulein Krauß und der Barytonist Maurel leisteten als Uda und Amorasco Vortreffliches. Der Präsident Grévy und mehrere Minister wohnten der Vorstellung bei.

Paris, 24. März. [Ministerconseil. — Zu den Maßregeln gegen die Congregationen. — Stimmen der Presse. — General Gallifet.] Der gestrige Ministerconseil war sehr bedeutend. Vor Allem wurde man über neue Mutationen in der Magistratur einig, die heute im „Journal officiel“ figuriren werden. Dann kam die Fassung der Decrete bezüglich der nicht anerkannten Congregationen betreffenden Maßregeln zur Discussion, und wurde ganz genau umschrieben. Wie? das ist bis jetzt ein gut bewahrtes Geheimniß, dessen Schleier aber das „Amtsblatt“ wahrscheinlich nächster Tage, vielleicht sogar schon heute lüften wird. Soviel ist gewiß, daß das Beschlossene von der öffentlichen Meinung mit Genußigung begrüßt werden wird. Die Enquete über diese hochwichtige Angelegenheit ist abgeschlossen, und die Regierung hat nunmehr die Wahl zwischen drei Systemen, denn über das Princip der Anwendung der Geseze ist das Cabinet einig. Es fragte sich, soll der gesetzliche Mechanismus, der existirt, und der der Regierung niemals seiner Complicität halber Kopfzerbrechen verursacht hat (wie man fälschlich behauptete), durch den Siegelbewahrer, also auf gerichtlicher Basis oder durch den Minister des Innern, demnach auf administrativer Grundlage, oder durch den Präsidenten der Republik, also auf dem Wege der Executive, in Bewegung gesetzt werden? Darüber ist gestern im Ministerium entschieden worden. Inzwischen haben wir über die anzuwendenden Modalitäten doch in Erfahrung gebracht, daß man sich nicht bloß auf das Decret vom Messidor, sondern auch auf den ganzen Schatz der aus der königlichen Initiative hervorgegangenen gesetzlichen Verfügungen stützen wird. Dabei wird die Regierung, wie bei allen anderen Gelegenheiten, von dem Grundsatze der Rechtscontinuität ausgehen. Das „Amtsblatt“ wird also diesbezüglich entweder ein Decret des Präsidenten der Republik oder ein Rundschreiben des Justizministers oder ein solches des Ministers des Innern enthalten. — „République française“ geht heute den Clericalen scharf zu Leibe und beweist ihnen aufs Deutlichste, daß sie Unrecht hätten, sich gegen das Decret vom Messidor oder gar gegen die organischen Geseze aufzulehnen, denn „wenn der Mantel fällt, dann muß der Purpur nach“, wenn die organischen Geseze fielen, dann fielen das Concordat und das Cultusbudget mit. In den „Débats“ hat John Lemoine die Schlachtrüstung angezogen und sagt der Regierung mit einer für die lauwarme Haltung dieses Blattes bemerkenswerthen Energie: Wir erwarten, daß die Regierung ihre Executivgewalt ausübe und beschränken und darauf, die Nothwendigkeit anzudeuten, das Gesez klar zu formuliren. — Die radicalen Elemente Frankreichs stimmen mit gewissen ungedulden Elementen Algeriens darin überein, daß sie eine wahre Ammenmärchensucht vor dem General Gallifet haben oder mindestens zur Schau tragen; gewiß ist, daß die Regierung für die Tage der Gefahr, von welcher Seite sie auch kommen mögen, eine verlässliche und geniale Stütze in diesem General hat.

### Rußland.

[Zu den Gerüchten über Drloffs Nachfolger.] Aus Petersburg erhält die Kreuzzeitung nachstehendes Telegramm: Die auswärtige Presse beschäftigt sich mit Namen, die den Erbsmann des Fürsten Drloff als Vorkämpfer in Paris bezeichnen sollen. Fürst Drloff hat seine Demission nicht gegeben und andererseits ist er wohl zeitweilig zurück, aber nicht abberufen. Jede Nennung einer Candidatur ist lediglich Conjectur. Die Vertretung russischer Interessen bleibt zur Zeit in den Händen des Chargé d'affaires. Daß mit der Behauptung, der General Ignatieff sei bestimmt, an Fürst Drloffs Stelle in Paris zu treten, ein politischer Effect beabsichtigt wird, während thatsächlich hier Niemand daran gedacht hat, dem General Ignatieff eine auswärtige Mission zu übertragen, liegt auf der Hand.

## Provinzial-Beitung.

Breslau, 24. März. [Bezirksverein für die Dhlauer Vorstadt.] In der heutigen, unter dem Vorhise des Eisenbahn-Secretärs Spreuer abgehaltenen Versammlung hielt Rechtsanwalt Sabarich einen Vortrag über die Mitwirkung des Laienelements in der gesammten neuen Gesezgebung resp. deren einzelnen Theilen und dessen praktische Bedeutung, wofür ihm die Versammlung durch Erheben von den Plätzen Anerkennung und Dank zollte. Nachdem Redner noch einige auf den Vortrag bezügliche, aus der Versammlung gestellte Fragen beantwortet hatte, wurde zur Behandlung der vom Vorstand angeregten Frage, ob es sich empfehle, für das Dhlauer Thor mit dem Locale von B. Scholz auf der Margarethenstraße eine Ressource zu gründen, geschritten. Zur Begründung dieser Frage wurde darauf hingewiesen, daß die Locale der anderen Ressourcen für die Bewohner der Dhlauer Vorstadt zu entfernt gelegen seien. Während der hieran sich knüpfenden Debatte wurde von einem Herrn Gläser der mehr als naive Vorschlag gemacht, der Verein solle keine neue Ressource gründen, sondern mit seinen Mitgliedern in die katholische Ressource „zur Geselligkeit“ (im Wincenhaus) eintreten. Schließlich wurde die weitere Erwägung der Frage, betreffend die Gründung einer Ressource vor dem Dhlauer Thore, einer Commission überwiesen. — Kaufmann Sährig ist aus dem Vorstand ausgetreten und an seine Stelle Oberamtmann Wärdig cooptirt worden. — Zur Vertheilung gelangten die Prospekte des „Rechtsschup“ und der neuen „Breslauer Communal-Zeitung“, sowie die Statuten des Vereins gegen Verarmung und Betteln. — Ein Fragesteller rügt die mangelhaften Ausbesserungen des Margarethenbades. Es wird beschlossen, den Magistrat, welcher als Besitzer der Margarethenbäder zur Unterhaltung des Margarethenbades verpflichtet ist, zu ersuchen, die Reparaturen jenes Bades dazuerhalten und umfasser als bisher ausführen zu lassen. — Ein anderer Fragesteller macht bestimmte Fälle namhaft, in welchen die polizeiliche Vorschrift, das Gemülle vor dem Aufladen auf den Kärnerwagen naß zu machen, nicht befolgt worden sei, so daß das vorbeipassende Publikum in Staubwolken gehüllt wurde. Auf Beschluß der Versammlung soll diesbezüglich eine Beschwerde beim Polizeipräsidium eingereicht werden. — Ein Gesuch von Grundbesitzern an der Dhlauer Chaussee, beim Magistrat um Verlegung eines Wasserrohrtrags nach der Dhlauer Chaussee zu petitioniren, wird zunächst dem Vorstande zur Begutachtung überwiesen und hierauf die Versammlung geschlossen.

[Stadt-Theater.] Heute, Sonnabend, findet das letzte Gastspiel des Herrn Anton Schott, verbunden mit einem einmaligen Gastspiel des Baritonisten Herrn Schäßler vom königlichen Theater in Hannover statt. Zu der zur Aufführung gelangenden Oper: „Der Troubadour“ wird Herr Schott

die Partie des Manrico, Herr Schäßler die des Grafen Luna singen; auch die übrigen Partien sind mit den besten Kräften des einheimischen Personals besetzt (Fräulein von Hasselt-Barth; Leonore u.).

Natibor, 25. März. [Herr Ober-Präsident von Seydewitz] traf in Begleitung des Oberpräsidial-Rathes Löwenberg, des Herrn Regierungs-Präsidenten von Quadt und Regierungsrathes Meyer am 22. d. in Bleß ein. Nach einem uns von dort zugehenden Berichte erfolgte im dortigen Kreise bei Staude, Deutsch-Weichsel und Schwarzwasser die Besichtigung der im Bau begriffenen Bicalinalwege, von denen im Laufe des Winters etwa 40 Kilometer Planum hergestellt worden sind, wodurch einer großen Zahl von Nothleidenden Arbeitsdienst geschaffen wurde. Einige Sentenzen abgerechnet, haben sich die Dammerschüttungen ziemlich gut gehalten. Von Bleß legten die Herren die Reise nach Nybnit fort und conferirten dort mit Herrn Landrath Gemaner wegen des baldigen Beginns der Vorarbeiten für Drainage. Dem Berechnen nach soll als itaallischer Commissar für die Drainirungs-Arbeiten in den Kreisen Bleß und Nybnit der Landrath Ritter aus Waldenburg designirt sein. Auch im Nybniter Kreise wurde seitens des Herrn Oberpräsidenten constatirt, daß an verschiedenen Stellen der Anfang mit dem Bau der Nothstands-Chausseen gemacht worden ist; insbesondere findet die Natiborer Chaussee ihre Fortsetzung in der Richtung auf Rauden und Vargolwa. Gestern Morgen gegen 11 Uhr traf, wie schon gemeldet, Ober-Präsident v. Seydewitz, von dem obengenannten Herren begleitet, hier in Natibor ein und setzte mit Landrath Pohl die Weiterreise bis Annaberg fort, von wo er sich in mehrere Drischosten des Kreises begab, um sich von dem Stande der Bicalinalwegebauten Ueberzeugung zu verschaffen, insbesondere informirte sich der Herr Oberpräsident über die Inangriffnahme der Pfasterungen in den Drischosten Olsau, Klein-Gorzük, Zabellau, Ruderswald, Haafisch und Beneschau, nahm sodann die Tour über Hulschin durch das Dypa-Thal, in dem, wie wir schon mehrfach gemeldet, die Ueberfluthungen in der jüngstbesprochenen Zeit schweren Schaden an den Winterfrachten verursacht haben, nach Deutsch-Krawarn und Kautiben, und besichtigte die in Angriff genommenen Wegestraßen Deutsch-Krawarn-Szepantowitz-Röberwitz. — Zur Zeit finden in diesen Drischosten über 800 Personen Arbeitsdienst durch das Herausgraben des Quarzgeschiebes, welches am Höhenrande der Dypa fast in jedem Gehbüß oder Garten zu Tage tritt. Obgleich erst Ende Februar v. J. vom Kreisaußschuß die Inangriffnahme der vorgenannten Strade beschlossen worden, ist bei der Nähe des Materials nahezu das gesammte Steinquantum angeliefert und wird unerbüßlich nach den Osterfeiertagen die Herstellung der Steinbahn in Angriff genommen werden. Herr von Seydewitz trat sodann über Kuchelna-Posch und Kreuzort, unter Besichtigung der dort im Bau befindlichen Nothstands-Chaussee, für welche das gesammte Steinmaterial ebenfalls fast vollständig vorhanden ist, und der Brückenbaustelle bei Kreuzort die Rückreise an und benutzte von dort zur Heimkehr nach Breslau den Abend-Schnellzug. (Oberstl. Anz.)

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Dresden, 25. März. Der hiesige Reichsverein hat beschlossen, dem Vorstände der nationalliberalen Reichstagsfraction folgende Resolution zu übermitteln: „Der Reichsverein spricht die Erwartung aus, daß es dem Reichstage im Einvernehmen mit der Reichsregierung gelingen werde, die für die Sicherheit Deutschlands in der gegenwärtigen europäischen Lage nothwendig erscheinende Stärkung der nationalen Wehrkraft zu erreichen, indem er weder befürchtet, daß dadurch eine allzugroße finanzielle Belastung der Nation herbeigeführt, noch daß dadurch das verfassungsmäßige Recht des Reichstages beeinträchtigt werde. Er glaubt dabei betonen zu müssen, daß das nationale Heerwesen an sich keineswegs als eine nur auf die Zeit zu tragende Last, sondern als ein wichtiges und unentbehrliches Erziehungs- und Bildungsmittel der Nation zu betrachten ist.“

Darmstadt, 25. März. Zu der am 31. d. M. stattfindenden Confirmation der Prinzessinnen Victoria und Elisabeth werden außer der Königin Victoria und dem Kronprinzen des Deutschen Reiches, die Prinzessin Beatrice, der Prinz und die Prinzessin von Wales, sowie der Großherzog und die Großherzogin von Baden hier erwartet. Die Confirmation erfolgt Vormittags 11 Uhr.

Darmstadt, 25. März. Der Großherzog ist, wie die „Darmstädter Zeitung“ meldet, in Folge einer Erkältung genöthigt, das Bett zu hüten.

Wien, 26. März. Meldung der „Polit. Correspond.“ aus Konstantinopel: Abdul Matheb Effendi ist zum Großscherif von Mekka ernannt worden. — In der montenegrinischen Grenzfrage weist die Pforte die von Montenegro für Gussinje verlangten Gebietsentwädigungen beharrlich zurück, ebenso hält die Pforte auch in der griechischen Grenzfrage an den beiden Punkten fest, welche sie selbst als die äußersten Punkte der künftigen Grenzlinie angeboten hatte.

Pest, 25. März. Der „Pester Correspondenz“ zufolge finden zwischen Vertretern des österreichischen und des ungarischen Handelsministeriums vertrauliche Besprechungen in der Zollfrage statt, um über gewisse auf den Handelsvertrag mit Deutschland Bezug habende Tariffäge ein Einverständnis anzubahnen, dessen endgiltige Herstellung die Aufgabe der später in Wien stattfindenden gemeinsamen Zollconferenzen sein wird.

Bern, 25. März. Die Staatsrechnung für das verfloßene Rechnungsjahr weist 41,456,213 Frs. Einnahmen und 39,525,274 Frs. Ausgaben auf, mithin, an Stelle des im Budget veranschlagten Deficits von 1,056,000 Frs. einen Einnahme-Überschuß von 1,930,939 Frs.

Rom, 25. März. Der frühere Präsident der Deputirtenkammer Farini erklärt in einem Schreiben, daß er in seinem Entschluß, auf den Vorh in der Kammer zu verzichten, unerschütterlich sei. Im Falle einer Wiederwahl würde er von Neuem darauf verzichten.

Paris, 26. März. Die Publication der Decrete bezüglich der Congregationen erfolgt am Dienstag. Die „Gazette de France“ bekräftigt, daß die von den Decreten betroffenen Congregationen alle gerichtlichen Schritte ersuchen würden. Die Directoren der betroffenen Congregationen hätten bereits gemeinsam über Schutzmaßregeln beschlossen. — Der „Agence Havas“ zufolge ist Chancy ermächtigt, in den ersten Tagen des April nach seiner Conventenz Urlaub zu nehmen.

Cherbourg, 25. März. Die Königin von England ist heute Abend 7 Uhr hier angekommen, wird die Nacht und den morgenden Tag an Bord ihrer Yacht auf der Rade zubringen und morgen Abend 5 Uhr die Weiterreise nach Baden-Baden fortsetzen.

London, 26. März. Lord Hartington hielt gestern eine Wahlrede, in welcher er das Programm für die von der liberalen Partei zu besorgende orientalische Politik entwickelte. Der Redner führte aus, daß eine liberale Regierung, falls sie an das Ruder kommen sollte, die Interessen und die Ehre Englands nicht von der Erhaltung der Unabhängigkeit und der Integrität einer nicht fest organisirten türkischen Regierung abhängig machen würde. Sie würde das Verhalten der türkischen Regierung gegen die Christen nicht als eine Angelegenheit behandeln, die nur die Türkei und Rußland interessiren. Sie würde nicht versuchen, das europäische Concert zu stören, wenn durch einen glücklichen Zufall Europa einig darüber sein sollte, was in der Türkei zu geschehen habe. Sie würde im Gegentheil das Aeußerste aufbieten, um das europäische Concert zu fördern und wenn dasselbe wiederhergestellt wäre, alles aufbieten, um die Beschlüsse desselben zur Ausführung zu bringen. — Der „Standard“ bespricht die Angriffe Gladstone's gegen Oesterreich und legt gegen eine Politik der Verwahrung ein, welche dazu angethan sei, die englische und die österreichische Regierung einander zu entfremden. Oesterreich sei nach wie vor der nothwendige Allirte Englands und für die britischen

Interessen im Oriente sei es von der höchsten Wichtigkeit, daß an der Donau eine wachsame Controlle sei und die Balkanhalbinsel durch einen starken befreundeten Staat regiert werde, welcher im Stande sei, Rußland von Konstantinopel fern zu halten.

Belgrad, 26. März. Das amtliche Blatt erklärt den in der Wiener „Neuen Freien Presse“ erschienenen Entwurf einer Eisenbahn-Convention zwischen Oesterreich und Serbien als nicht authentisch.

New-York, 26. März. Ein Telegramm des „Boston Advertiser“ aus Washington meldet als gewiß, daß General Grant seine Candidatur um die Präsidentschaft zurückziehen würde; soweit hier bekannt, bedarf diese Nachricht noch weiterer Bestätigung. Das sog. Anti-Third-Term-Committee hat eine Nationalconvention derjenigen Republikaner, welche eine dritte Präsidentschaft des Generals Grant bekämpfen, auf den 6. Mai d. J. nach St. Louis einberufen.

Kairo, 25. März. Die englische Regierung hat hier angezeigt, daß Rivers Wilson zum Mitgliede der internationalen Liquidations-Commission ernannt sei. Als weitere Mitglieder der Commission werden genannt: die Engländer Auckland und Galvin, die Franzosen Etvon und Diaroles, der Italiener Baravelli und der Oesterreicher Kremer.

### Handel, Industrie u.

Berlin, 25. März. Spiritus loco ohne Faß 62 M. bez., per März und März-April 62—61,9—62 M. bez., per April-Mai 62—61,9—62 M. bez., per Mai-Juni 62,1—62—62,1 M. bez., per Juni-Juli 63—62,9 M. bez., per Juli-August 63,8—63,7 M. bez., per August-September 63,9—63,8—63,9 M. bez., per Septbr.-Octr. 59,7—59,6 M. bez. Gefund. — Liter. Rindbrüggungspreis — M.

Leipzig, 25. März. Die in der bevorstehenden Ostermesse in den Räumen der Leipziger Börse abzuhaltende Garnbörse wird Montag, den 12. April cr. ihren Anfang nehmen.

London, 25. März. [Bankausweis.] Totalreserve 17,261,000, Abn. 420,000 Pfd. Sterl., Notenumlauf 26,741,000, Jun. 452,000 Pfd. Sterl., Vaorbortrat 29,002,000, Jun. 31,000 Pfd. Sterl., Portfeuille 21,841,000, Abn. 744,000 Pfd. Sterl., Guth. der Priv. 25,999,000, Abn. 840,000 Pfd. Sterl., do. des Staates 11,243,000, Abn. 230,000 Pfd. Sterl., Notenreserve 15,989,000, Abn. 248,000 Pfd. Sterl., Regierungssicherheit 16,685,000, Jun. 78,000 Pfd. Sterl. — Procentverhältnis der Reserve zu den Passiven 46% — Clearinghouseumsatz 101 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs Jun. 26 Mill.

Petersburg, 25. März. [Ausweis der Reichsbank] vom 22. März u. St.\* Creditbil. im Umlauf . . . . . 716,515,125 Rbl. unänderl. Notenemission für Rechnung der Scurrul. . . . . 410,000,000 Rbl. Abn. 3,000,000 Rbl. Vorschüsse der Bank an die Staats-Regierung . . . . . 312,621,246 Rbl. Abn. 172,558 Rbl. \*) Abz. und Zunahme gegen den Ausweis vom 13. März.

Berlin, 25. März. [Versicherungsgesellschaften.] Der Cours verleiht sich in Markt per Stück franco Zinsen, die Dividendenangaben in Procenten des Baareinküffes.

Name der Gesellschaft.	St. pr. 1878.	St. pr. 1879.	Appoints	Eingahlung	Cours.
Nachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	70	—	1000 Th.	20%	8600 G.
Nachener Rückversich.-Ges.	45	—	400	—	1970 G.
Berl. Land-u. Wassertransp.-B.-G.	25	—	500	—	835 G.
Berl. Feuer-Versich.-Anstalt	21	24	1000	—	2250 bz.
Berl. Hagel-Asscuranz-Ges.	20	10	1000	—	765 G.
Berl. Lebens-Versich.-Ges.	28	—	1000	—	3100 bz.
Berlin-Kölnener Feuer-Vers.-Ges.	7½	—	1000	—	835 G.
Colonica, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	—	1000	—	—
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	16	—	1000	—	1975 B.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	6	8%	1000	—	910 B.
Deutscher Lloyd	6%	—	1000	—	750 B.
Deutscher Vbhör	36%	35	1000 500 Fl.	—	1817 G.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	6%	—	1000 Th.	—	530 B.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	50	—	1000	10%	—
Düsseldorf. allg. Transport-V.-G.	16	—	1000	—	1440 B.
Erfelder Feuer-Versich.-Ges.	35	—	1000	20%	4500 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	8	—	1000	—	1000 B.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	13%	13%	500	—	740 bz. G.
Glabbacher Feuer-Versich.-Ges.	10	—	1000	—	1350 B.
Rheinische Hagel-Versich.-Ges.	18	14	500	—	430 G.
Rheinische Rückversich.-Ges.	10	—	500	—	510 G.
Reiniger Feuer-Versich.-Ges.	100	—	1000	20%	9600 G.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	6%	—	100	—	339 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	40	30	1000	20%	2540 bz.
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges.	20	20	500	—	345 B.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	10	—	500	—	315 bz. G.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	11	11	100	—	565 G.
Niederrh. Biter-Insic.-G. zu Wesel	50	—	500	10%	975 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	16	12	1000	20%	1210 G.
Odenburger Feuer-Versich.-Ges.	4	—	500	—	270 B.
Breus. Hagel-Versich.-Ges.	15	20	500	—	350 B.
Breus. Lebens-Versich.-Ges.	10	—	500	—	480 G.
Breus. National-V.-G. zu Stettin	18	—	400	25%	805 B.
Providentia, V.-G. zu Frankfurt a. M.	23%	14%	1000 Fl.	10%	790 B.
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	22	—	1000 Th.	—	980 G.
Rheinisch-Westfäl. Rückversich.-Ges.	18	—	500	—	335 G.
Sächsische Rückversich.-Ges.	50	—	500	5%	—
Schlesische Feuer-Versich.-Ges.	21	—	500	20%	1060 B.
Thuringia, Versich.-G. zu Erfurt	13%	—	1000	—	1350 B.
Transallant. Güter-Vers.-Ges.	20	—	1500 M.	—	710 B.
Union, allg. deutsche Hagel-Versich.-Ges. in Weimar	16%	11	500 Th.	—	485 B.
Victoria zu Berlin, Allgem. Vers.	20%	—	1000	—	1960 G.
Westf. Feuer-Versich.-Actienbank	10	—	1000	—	1050 G.

Bradford, 25. März. Wolle sehr fest in steigender Tendenz und bei sehr lebhaftem Verkehr. Wollene Garne hatten beschränkteres Geschäft bei extrem Preisen. Wollene Stoffe sich langsam bessernd.

Rio de Janeiro, 24. März. Wechselcours auf London 22, do. auf Paris 434. Tendenz des Kaffeemarktes: Weichend. Preis für good first 5700 à 5850. Durchschnittl. Tageszufuhr 7500 S. Ausfuhr nach Nordamerika 28,000, do. nach dem Canal und Nord-Europa 24,000, do. nach dem Mittelmeer —, Borrath von Kaffee in Rio 185,000 Sad.

Newyork, 25. März. Der Hamburger Postdampfer „Frisia“ ist hier angekommen.

### Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 25., 26.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Zufuhrwärme (C.)	+ 7° 1	+ 2° 2	— 0° 8
Luftdruck bei 0° (mm)	755,2	754,5	753,8
Dunstdruck (mm)	3,0	4,1	4,0
Dunstfähigkeit (pCt.)	40	77	92
Wind	N. 1.	D. 1.	D. 2.
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

  

März 26., 27.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Zufuhrwärme (C.)	+ 8° 5	+ 1° 9	— 1° 6
Luftdruck bei 0° (mm)	752,8	752,3	751,6
Dunstdruck (mm)	3,2	3,2	2,9
Dunstfähigkeit (pCt.)	38	62	72
Wind	N. D. 1.	D. 1.	D. 1.
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.

Breslau, 27. März. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 96 Cm. U.-B. — M. 50 G.



Berliner Börse vom 25. März 1880.

Table with multiple columns containing financial data, including 'Fonds- und Geld-Course', 'Wechsel-Course', 'Eisenbahn-Stamm-Aktion', 'Ausländische Fonds', 'Bank-Papiere', 'Eisenbahn-Prioritäts-Aktion', 'Industrie-Papiere', and 'Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten'.

Course.] Londoner Wechsel 20, 51. Pariser Wechsel 81, 07. Wiener Wechsel 170, 90. Köln-Mindener Stamm-Aktion 146% Rhein. Stamm-Aktion 157%.

Hamburg, 25. März, Nachmittags. [Schluss-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 126, Silberrente 62%.

Wien, 26. März. [Privatverkehr.] Credit-Aktion 297, 40, Franzosen 28, 97%.

Liverpool, 25. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Umsatz 7000 Ballen.

Liverpool, 25. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 7000 Ballen.

Petersburg, 25. März, Nachmittags 5 Uhr. [Schlusscourse.] Wechsel London 3 R. 25 1/2.

Paris, 25. März, Nachmittags. [Produktenmarkt.] (Schlussbericht.) Weizen fest, per März 33, 30.

Paris, 25. März, Nachmittags. [Produktenmarkt.] (Schlussbericht.) Weizen fest, per März 33, 30.

London, 25. März. Sabannazeder Nr. 12 25% Matt. Antwerpen, 25. März, Nm. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen behauptet.

Antwerpen, 25. März, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. Petroleummarkt (Schlussbericht.) Raffinirtes, Typo weiß, loco 19 bez.

Bremen, 25. März, Nachmittags. Petroleummarkt (Schlussbericht.) Standard white loco 7, 30 bis 7, 35.

Breslau, 27. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von gar keiner Bedeutung.

Wien, 26. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von gar keiner Bedeutung.

Wien, 26. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von gar keiner Bedeutung.

Wien, 26. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von gar keiner Bedeutung.

Wien, 26. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von gar keiner Bedeutung.

Wien, 26. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von gar keiner Bedeutung.

Geschäfts-Verlegung. Einem geehrten Publikum, sowie meinen geehrten Geschäftsfreunden zeige ich hiermit ergeben an, dass ich meine Fischwaren- u. Delicatessen-Handlung von der Nicolaitr. 71 nach Nicolaitr. Nr. 59 verlegt habe.

Für Hautkrankheiten. Sprechst. Vm. 8-11, Nm. 2-5. Breslau, Gr. N. 11. Auswärts brieflich. Dr. Karl Weisz, in Oesterreich-Ungarn approbit.

Schmerzloses Einsetzen künstlicher Zähne. München zc. Nibel & Pelt, Amerik. Dentisten, Carlstr. 2, II. d. a. d. Schmiedgasse.

Specialarzt Dr. med. Meyer. Berlin, Leipzigerstr. 91, heilt brieflich Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheiten, sowie Manneschwäche, schnell und gründlich, ohne den Beruf und die Lebensweise zu stören.

An geschwächte Männer sendet unentgeltlich die Brochure über Jugendünden, deren traurige Folgen u. wahre Heilung Dr. chem. Müller, Berlin, Marienstr. 12.

Stad-Theater. Sonnabend, den 27. März. Letstes Gastspiel des Herrn Anton Schott und einmaliges Gastspiel des Baritonisten Herrn Schäfer.

Lobe-Theater. Sonnabend, den 27. März. Zum 1. Male: 'Die Hete.' Schauspiel in 5 Aufzügen von Arthur Jäger.

Zwinger-Breslau, Zwingerplatz. L. Broekman's Affentheater u. Circus en miniature. Sonnabend, den 27. März: 1 Vorstellung, um 7 Uhr.

Elisabet-Gymnasium. Termine zur Aufnahme der angemeldeten Schüler: 1) in die 3. Vorlesung: Montag, den 5. April, Vormittags 8-10 Uhr.

Album v. Breslau. 21 Ansichten in Aquarell-Manier. Cabinet-Ausgabe in eleg. Etui 4 M. Bei Eins. d. Betrages franco Zusend.

Meine Papier-Handlung befindet sich jetzt in meinem eigenen Hause, Dhlauerstraße Nr. 4, erstes Viertel vom Ringe.

Restaurant „zum Taentzien.“ Zu den Festtagen empfehle ich mein wohlsortirtes Lager direct bezogener ungar. und österr. Weine.

Ungarische Weine: Ober-Ungar, fein gezeihrt, 1857er . . . per Fl. Mk. 3.- Tokayer Mázslás, gezeihrt . . . „ „ 2.-

Oesterreichische Weine: Gumpold kirchner, Auslese, 1868er . . . per Fl. Mk. 1.60 Grinzler . . . „ „ 1.60

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. Paris, 26. März, Nm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Sehr fest. 3proc. amortisirb. Rente 85, 30.

In dem Pensionat des Lehrers J. M. Cohn, Breslau, Blücherplatz 14, werden Zöglinge jeden Alters täglich aufgenommen, auf Wunsch auch für höhere Schulanstalten vorbereitet.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.